

MdL Annette Karl

Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion
für Fragen des ländlichen Raums



Bayern,
aber gerechter.

Kulmbacher Erklärung

Aktive Politik für ländliche Räume in Bayern – Land im Gleichgewicht

11. September 2012

Präambel

Der ländliche Raum in Bayern erstreckt sich über 85% der Landesfläche und ist für 60% der bayerischen Bevölkerung erlebte Heimat.

Die Stärke des ländlichen Raumes sind seine Menschen und ihr sozialer Zusammenhalt. In den Dörfern und Gemeinden gibt es kein Leben in der Anonymität, man hilft sich gegenseitig, das ehrenamtliche Engagement für die Mitbürger und die Umwelt, sei es in Vereinen und Verbänden, sei es in der Feuerwehr, beim Roten Kreuz, bei Elterninitiativen, in Kirchen oder bei der Brauchtumpflege, ist hoch.

Es lebt sich gut im ländlichen Raum. Diese hohe Lebensqualität möchten wir als SPD-Landtagsfraktion erhalten und steigern, damit wir den Grundgesetzauftrag nach Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse auch in Bayern endlich umsetzen können, besonders und gerade unter den Herausforderungen des demographischen Wandels und der Globalisierung. Mit der Kulmbacher Erklärung legen wir die Grundlage für das Regierungshandeln für die ländlichen Räume in einer sozialdemokratisch geführten bayerischen Regierung.

Individuelle Lösungen für unterschiedliche Herausforderungen - Politik aus einem Guss

Den „einen ländlichen Raum“ gibt es nicht. Vielmehr existiert ein breites Spektrum an vielfältigen ländlichen Raumtypen, die sehr unterschiedliche Lebens- und Wirtschaftsräume präsentieren. So entwickeln sich Stadtumlandregionen immer mehr zu suburbanen Verdichtungsräumen, die durch raschen Bevölkerungszuwachs und wirtschaftlichen Aufschwung, aber auch durch enormen Flächenverbrauch und Veränderung des ursprünglichen Landschaftsbildes gekennzeichnet sind. Im Unterschied dazu sehen sich vor allem peripher gelegenen Regionen, die nicht selten landschaftlich äußerst reizvoll sind, mit Abwanderung, Überalterung, Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Strukturschwache konfrontiert.

Zwischen den städtischen Regionen und den strukturschwachen Gebieten, insbesondere in Nordostbayern bleibt die Schere bei den wichtigen Wirtschaftskennzahlen weiterhin weit geöffnet.

So stellt z.B. die Prognos AG fest: „Bayern ist demnach das Bundesland mit den größten Disparitäten zwischen den einzelnen Regionen. In keinem anderen Bundesland ist der Unterschied zwischen starken und schwachen Regionen so groß“ (*Zitiert nach: Franke, Silke; Glück, Alois; Magel, Holger (Hrsg.), 2011: Gerechtigkeit für alle Regionen in Bayern, Hanns-Seidel-Stiftung, Heft 78, S. 6).*

So hat der Großraum München in den vergangenen zehn Jahren ein Wirtschaftswachstum von 25 Prozent erreicht, Nordostbayern aber nur von 4 Prozent.

So betrug das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner 2009 in Bayern insgesamt 33.897 €, in Oberbayern 40.603 €, in Oberfranken nur 28.420 €, in der Stadt München 83.624 €, im Landkreis Neustadt/WN 20.527 €.

Ähnlich sieht es bei der Einkommensverteilung aus: So betrug das verfügbare Einkommen privater Haushalte pro Einwohner 2009 in Bayern 20.111 €, in Oberbayern 22.047 €, in der Oberpfalz als Schlusslicht in Bayern 18.068 €, im Landkreis Neustadt/WN als Schlusslicht in der Oberpfalz 17.023 €.

Die CSU und die von ihr getragene Staatsregierung haben dieser Auseinanderentwicklung der Lebensverhältnisse 55 Jahre lang nichts Effektives entgegengesetzt.

Die Politik für den ländlichen Raum erstreckt sich aktuell unkoordiniert über diverse Ministerien wie Landwirtschafts-, Wirtschafts-, Kultus-, Sozial- und Umweltministerium, mit der Folge, dass in der CSU/FDP-Staatsregierung meistens jeder und im Zweifelsfall niemand zuständig ist.

Wir werden mit einer Bündelung der Zuständigkeiten schnelles, koordiniertes und effektives Handeln sicherstellen unter Maßgabe der Prinzipien: Hilfe zur Selbsthilfe, Subsidiarität und die Stärkung der äußerst positiven Ansätze in den Regionen, regionale Wertschöpfung und damit Geld für den Bürger vor Ort zu generieren.

Land im Gleichgewicht

Dem Abwanderungsproblem der peripheren Regionen Bayerns steht der Zuwanderungsdruck in die Metropolen gegenüber. Während in Nordostbayern Kindergärten und Schulen geschlossen werden, kommen Kommunen in den Speckgürteln der großen Städte sowie die Metropolen selbst mit dem Bau von Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtung nicht hinter der Bevölkerungszunahme her. Beides führt zu langen Wegen für kurze Beine und Einschränkung von Lebensqualität.

Die Staatsregierung lässt die Kommunen mit dieser Problematik seit Jahrzehnten alleine, schaut der Entwicklung tatenlos zu und hat nicht zu bieten als Sonntagsreden und Worthülsen in Landesentwicklungsprogrammen.

Wir bekennen uns zu einer Politik für ein Land Bayern im Gleichgewicht. Stadt und Land stehen in einer Verantwortungspartnerschaft. Wir setzen auf eine Wirtschaftspolitik, die die strukturschwachen Räume nachhaltig stärkt und mit einer regionalwirtschaftlichen Entwicklungsstrategie Stadt und Land gemeinsam stark macht für die Zukunft.

Regionale Strukturpolitik

Regionale Strukturpolitik bewegt sich im Spannungsfeld der Bereiche Industrie-, Technologie-, Innovationspolitik sowie Regional- und Infrastrukturpolitik und Regionalplanung.

Sie dient den Zielen Wachstum in allen Landesteilen; Stabilität, also der gleichmäßigen Entwicklung eines Wirtschaftsraums; Ausgleich, also der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamten Staatsraum und Nachhaltigkeit, also der Befriedigung der heutigen Bedürfnisse in einer Weise, die zukünftige Lebensgrundlagen nicht beeinträchtigt.

Die Staatsregierung hat mit ihrem ausschließlichen Fokus auf Wachstum, Cluster, Metropolen, Leuchttürme und das Prinzip des „Stärken stärken“ sowie der Vernachlässigung von Ausgleich und aktiver Industriepolitik die Ungleichentwicklung der Regionen noch verstärkt.

Das erste Gutachten des von der Staatsregierung eingesetzten Zukunftsrates hat diese Strategie konsequent weiter geschrieben und empfohlen, ganze Regionen, die nicht im 100 km-Umkreis von Verdichtungsräumen liegen, „abzuschreiben“, also nicht mehr weiter zu entwickeln. Das führte zum berechtigten Aufschrei der betroffenen Regionen und einem teilweisen Ruckrudern der Staatsregierung, die plötzlich mit den Ratschlägen ihres eigenen Expertengremiums und mit den Konsequenzen ihrer Politik nichts zu tun haben wollte. Leider hat sich in der Folgezeit am Kern der verfolgten Strategie nichts geändert.

Eine SPD-geführte Staatsregierung weiß, dass sich Gerechtigkeit auch im Raum wieder finden muss. Sie setzt auf die gut ausgebildeten Bürgerinnen und Bürger in ganz Bayern. Sie schafft die Grundlagen, dass Arbeitsplätze zu den Menschen kommen und nicht umgekehrt. Sie wird die Innovationskraft gerade der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) als den Garanten des ländlichen Wirtschaftens mit gezielten Maßnahmen unterstützen.

Wir werden den Bürokratieabbau vorantreiben, die Bedingungen zur Erlangung von Risikokapital für Firmengründungen erleichtern, die LfA als staatliche Förderbank stärken, die Bagatellgrenzen bei Förderprogrammen zur Unterstützung von Mittelstandsunternehmen und Handwerksbetrieben im ländlichen Raum von 500.000 Euro auf 40.000 Euro senken, Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen von KMU steuerlich fördern.

Wir werden umstellen von der CSU-Politik der Schaffung von einzelnen Leuchttürmen, die zu viele dunkle Ecken übrig lassen, hin zu einer Politik vieler Lichterketten auf ganz Bayern verteilt.

Regionalbudgets

Verantwortliche Politik für ländliche Räume muss das Prinzip der Subsidiarität zugrunde legen aus der Erkenntnis heraus, dass die Menschen vor Ort viel besser wissen, wie immer knapper werdende Fördergelder effizient und nachhaltig eingesetzt werden können als irgendwelche Ministerialbeamten in München oder an den Bezirksregierungen.

Die Förderpolitik der Staatsregierung ist zentralistisch auf München ausgerichtet, die Verteilung erfolgt oft nach Gutsherrenart in wenig transparenten Entscheidungsprozessen und lässt den Regionen zu wenige Spielräume für eigenverantwortliches Handeln.

Wir werden deshalb die Möglichkeit von Regionalbudgets schaffen um Regionen mehr Eigenverantwortung auch im finanziellen Bereich zu geben. Regionalbudgets haben sich als Mittel der Regionalentwicklung in anderen Bundesländern hervorragend bewährt und werden von der EU in ihren Förderrichtlinien ausdrücklich zugelassen.

Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft als wichtigem Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft in Folge der Globalisierung und einer einseitigen Förderpolitik führt zu immer größeren Produktionseinheiten. Dieser Trend muss seine Grenzen finden, wenn immer mehr Masse zum Verlust von Klasse führt.

Die ländlichen Regionen Bayern sind geprägt von eigentümergeführter, bäuerlicher Landwirtschaft in überschaubaren Größen, die nichts mit den Agrarfabriken, wie sie vor allem in Ostdeutschland anzutreffen sind, gemein haben. Die bayerische Landwirtschaft soll gesunde Lebensmittel erzeugen. Daneben leistet sie einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Landschaftspflege und zum Erhalt der Kulturlandschaft und damit zum hervorragenden Ruf Bayerns als Tourismuslands.

Die bayerische Staatsregierung hat in den letzten Jahren mit ihrem alleinigen Fokus auf Vergrößerung von Einheiten bei ihrer Förderpolitik falsche Akzente gesetzt.

Der Erhalt einer starken, bäuerlichen Landwirtschaft in Bayern ist unser oberstes Ziel. Wir werden die Vielfalt der landwirtschaftlichen Unternehmen erhalten und stärken. Eine möglichst große Anzahl an eigentümergeführten Unternehmen ist für uns das Maß der Dinge, unabhängig davon, ob im Nebenerwerb wirtschaftend oder im Haupterwerb.

Wir werden die Rahmenbedingungen schaffen, um bäuerliche Betriebe von Schwaben bis Franken, vom Alpenvorland bis in den Gäuboden zu unterstützen. Hier kann es kein einheitliches Patentrezept für Bayern geben, wir werden flexibel und verlässlich mit allen Beteiligten die besten Konzepte für nachhaltiges Wachstum und wirtschaftlichen Erfolg entwickeln. Dabei ist es wichtig, dass die Partner, wie beispielsweise die Vielzahl der Berufsverbände und die Politik, miteinander auf Augenhöhe sprechen.

Agrarpolitik und ihre Rahmenbedingungen müssen verlässlich sein. Die Staatsregierung hat gemeinsam mit der Landtagsmehrheit aus CSU und FDP die KULAP-Sätze (die Entschädigung für freiwillige

Umwelleistungen seitens der Landwirte) je nach Kassenlage und Wahlterminen nach oben oder nach unten korrigiert. Eine solche Unzuverlässigkeit der Agrarpolitik haben die Landwirte in Bayern nicht verdient.

Wir werden durch einen Umbau der Einzelbetrieblichen Investitionsförderung (EIF) Förderungen mit der Gieskanne reduzieren, Tierwohl-Stallungen verstärkt fördern (eigenständiger Fordersatz) und eine verstärkte Förderung von Junglandwirten auf den Weg bringen.

Wir werden uns über unsere Europaparlamentarier einbringen in die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik. Wir setzen uns ein für den Erhalt einer starken Ersten Säule zu Einkommensabsicherung und die Installation einer praktikablen Greening-Komponente mit Anrechnung der Agrarumweltmaßnahmen. Wir unterstützen Pläne zur Deckelung der Zahlungen der Ersten Säule zu Gunsten von Agrarumweltmaßnahmen und Maßnahmen zur Förderung des ländlichen Raums.

Wir werden den Erhalt einer flächigen Beratungsstruktur (Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) oder ähnliche Modelle) sicherstellen, dazu gehört auch eine ausreichende staatliche Beratung im Bereich der Hoheitsaufgaben.

Wir werden die Schaffung von wirklichen Kompetenzzentren an den Orten, wo diese benötigt werden, (Fischzucht, Tourismus...) forcieren und dabei klare Zuständigkeiten schaffen, zwischen Landratsämtern, AELF und Führungsakademie.

Mit einem Imkerplan werden wir ein Verbot clothianidin-haltiger Pflanzenschutzmittel durchsetzen und die Anlage von Blühstreifen fordern.

Wir werden den Flächenschutz in Bayern voranbringen, die Verdichtung innerorts fördern statt der Neuausweisung von Siedlungsflächen im Außenbereich und intelligente Förderprogramme anbieten.

Neben der Landwirtschaft ist die Forstwirtschaft ein Garant für die Wertschöpfung, für Arbeitsplätze und die Lebensqualität im ländlichen Raum.

Einen besonderen Fokus legen wir auf stabile, vitale Wälder in Bayern. Durch naturgemäße Waldwirtschaft wird der Wald auch in Zukunft seinen hohen gesellschaftlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Anforderungen gerecht werden. Wir werden den Umbau der Wälder von Fichtenmonokultur zu standortgemäßen Mischwäldern verstärkt fördern, um den Ansprüchen des Klimawandels gerecht zu werden. Dies ist besonders in den Bereichen, in denen Wälder spezielle Schutzfunktionen zu erfüllen haben, das Gebot der Stunde.

Hierzu ist ausreichendes Beratungspersonal im Bereich Forst notwendig. Ebenso die Bereitstellung von Fördermitteln für Privat- und Kommunalwälder.

Besondere Bedeutung des Tourismus

Der Tourismus hat eine besondere wirtschaftliche Bedeutung im ländlichen Raum. Gerade in strukturschwachen Gebieten übernimmt er mangels Alternativen die Funktion der Leitbranche.

Tourismuspolitik ist daher zugleich Regionalpolitik. Tourismusförderung ist Wirtschaftsförderung im Sinn der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Deshalb werden wir diesem Bereich besonderes Augenmerk schenken.

Schnelle Netze für Bayern

Schnelles Internet ist das Telefon des 21. Jahrhunderts. Ein Breitbandanschluss ist heute ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen und entscheidender Bestandteil gleichwertiger Lebensbedingungen in ganz Bayern.

Die Geschichte des Breitbandausbaus in Bayern ist eine Geschichte des Versagens der Staatsregierung. So wurde zunächst unter dem damaligen Wirtschaftsminister Erwin Huber jeder Bedarf staatlicher Organisation und Förderung des Ausbaus geleugnet unter dem Motto: „der Markt richtet es schon“.

Wirtschaftsminister Martin Zeil hat dann immerhin ein Förderprogramm aufgelegt, leider völlig überbürokratisch und nicht hilfreich für die vielen kleinen Kommunen im ländlichen Raum. Durch die Festlegung auf 1mbit/sec als Ausbaustandard und den Zwang, die billigste Lösung nehmen zu müssen,

wurde technologische Steinzeit in den peripheren Regionen betoniert. Dieses Programm ist zum 31.12.11 ausgelaufen, seitdem herrscht förderfreie Zeit in Bayern.

Auf Drängen unserer Fraktion, der Wirtschaftsverbände und der kommunalen Spitzenverbände wurde jetzt, viel zu spät, ein Nachfolgeprogramm konzipiert, das allerdings immer noch bei der EU-Kommission seiner Genehmigung harret. Auch der größte im Haushalt festgelegte Betrag für das Förderprogramm nutzt überhaupt nichts, wenn man als Staatsregierung unfähig ist, rechtzeitig ein genehmigungsfähiges Programm zu entwerfen.

Wir werden mit einem Masterplan „Breitbandausbau für Bayern“, der deutlich macht, dass der Staat – wenn er dies will – für den Breitbandausbau noch deutlich mehr leisten kann, Bayern kommunikationstechnisch an die Spitze bringen. Mit Hilfe einer Breitbandentwicklungsgesellschaft werden aus den Playern Staat, Wirtschaft, Banken und Technologie eine starke, schlagkräftige Einheit für ein vernetztes Bayern formen.

Landesweiter Beteiligungsfonds zur Unterstützung der Kommunen bei der Energiewende

Eine erfolgreiche, also eine die Energieversorgung sichernde und sozial verträgliche Durchführung der Energiewende ist die größte Herausforderung für Deutschland und Bayern in den nächsten Jahren.

Umso unerträglicher ist es, dass dieser Prozess wegen der Unfähigkeit von Bundes- und Staatsregierung und durch die Weigerung der Regierung, endlich eine Konzeption für die Gestaltung der Energiewende zu entwickeln und vorzulegen, nicht vorankommt.

Ein großes Hindernis ist auch der Privatisierungswahn der Stoiber-Jahre (Verkauf des Bayernwerks und weiterer öffentlicher Beteiligungen), der dazu geführt hat, dass jeglicher staatlicher Einfluss auf die Energieversorgung fahrlässig aufgegeben wurde.

Durch staatliche Unfähigkeit werden auch die großen Potentiale regionaler Wertschöpfung durch eine Dezentralisierung der Energieversorgung verschenkt. Dabei kann gerade der ländliche Raum von der Energiewende massiv profitieren. So hat eine aktuelle Studie das Wertschöpfungspotential im Bereich der Erneuerbaren Energien für Nordostbayern auf ca. 400 Millionen Euro pro Jahr beziffert.

Wir werden einen landesweiten Beteiligungsfonds auflegen zur finanziellen Unterstützung der Kommunen im ländlichen Raum bei der Re-Kommunalisierung und dem Klimaschutz, um die Investitionen, aber auch die Ko-Finanzierung bei der Inanspruchnahme von Struktur- und Regionalfonds zu erleichtern.

Wir werden in Zukunft zusätzliche Mittel für Energiewendeprojektmanager in den Landkreisen und kreisfreien Städten einsetzen.

Diese Berater/Manager haben die Aufgaben, in und mit den Kommunen:

- eine regionale Bürgerbeteiligung für erneuerbare Energieprojekte zu organisieren,
- effiziente Energie- und Wärmekonzepte für die Gemeinden und Landkreise zu erstellen,
- die eigenen Energiewendeprojekte mit den Nachbarlandkreisen, regionalen Planungsverbänden und der Landesplanung zu vernetzen.

Planungen zur Energie- und Wärmeversorgung dürfen nicht an Verwaltungsgrenzen enden. Wir werden für Bayern auf der Basis von Ausbauzielen und –szenarien eine Verteilnetzstudie für die Nieder-, Mittel- und Hochspannungsebene erstellen und kontinuierlich weiterentwickeln. Dabei werden neue Steuerungstechnologien (smart grid) zum Einsatz kommen.

Mobilität sicherstellen

In Bezug auf die verkehrliche Infrastruktur und die Ermöglichung von Mobilität müssen überall Mindeststandards der Erreichbarkeit gesichert werden.

Erschreckend ist, dass seit zwanzig Jahren die Ost-West-Anbindung Bayerns von der CSU-geführten Staatsregierung verschlafen wird. Die Mobilität jedes einzelnen in den Grenzregionen Bayerns sowie der freie Austausch von Waren und Dienstleistungen werden dadurch extrem eingeschränkt. Als Folge sorgt

der stetig steigende Güterverkehr für eine enorme Überbelastung bestehender Straßen und des unzureichend ausgebauten Schienennetzes.

Wir werden im Bereich des Schienenverkehrs eine Ausbauoffensive „Nah- und Regionalverkehr 2020“ initiieren.

Folgende Schienenverkehrsausbauprojekte im ländlichen Raum wollen wir schwerpunktmäßig angehen:

- den Brenner-Basistunnel
- die Strecke München-Mühldorf-Freilassing
- die Strecke München-Lindau-Grenze D/A
- die Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale und der Strecke Regensburg-Hof
- eine umsteigefreie, fernverkehrstaugliche Anbindung des Flughafens München an Nordostbayern
- die Strecke Stuttgart-Ulm-Augsburg

Autobahnen sind neben dem Schienennetz wichtige Verkehrsadern in Bayern. Hier gilt für uns: Ausbau vor Neubau sowie der Schutz der Menschen und Umwelt vor Emissionen jeglicher Art. Auch bei den Bundesstraßen bleibt festzustellen, dass die CSU einen vernünftigen Ausbau verschlafen hat. Insbesondere bei den Strecken nach Ostdeutschland und Osteuropa sehen wir dringenden Handlungsbedarf.

Das Staatsstraßennetz in Bayern ist zum Sanierungsfall verkommen. Wir beheben den Investitionsstau durch eine verstetigte Mittelausstattung im Staatshaushalt. Auch hier folgen wir dem Grundsatz: Ausbau vor Neubau.

Wir werden einen Demographie-Faktor bei den ÖPNV-Zuweisungen einführen, weil die Durchführung eines guten ÖPNVs bei sinkenden Einwohnerzahlen immer teurer wird. Ein eingeschränkter ÖPNV verschärft aber den Abwanderungsdruck in den ländlichen Regionen. Wer nicht mehr mit dem Bus zum Arzt oder zum Arbeitsplatz kommt, zieht in die Stadt.

Investitions- und Entschuldungspakt für die Kommunen im ländlichen Raum

Defizite in der Regional- und Strukturpolitik haben in Bayern dazu geführt, dass gerade im ländlichen Raum viele finanzschwache und ohne eigenes Fehlverhalten hoch verschuldete Gemeinden aus eigener Kraft weder die erforderlichen Investitionen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge noch die Konsolidierung ihrer Haushalte leisten können.

Erstmals wird es ab 2013 im kommunalen Finanzausgleich sog. Stabilisierungshilfen geben, dafür werden die bisherigen „Allgemeine Bedarfszuweisungen“ und „Besondere Bedarfszuweisungen“ zusammengeführt und auf 100 Millionen Euro erhöht. Damit hat die Staatsregierung zwar eine Teilforderung der SPD-Landtagsfraktion aufgegriffen, dies ist für sich alleine allerdings völlig unzureichend.

Wir werden mit einem treffsicheren und wirksamen Instrumentenmix aus kommunalem Finanzausgleich sowie regionaler und sektoraler Strukturpolitik die Wirtschafts- und damit Einnahmesituation von Kommunen in ländlichen Räumen nachhaltig verbessern.

Wir werden einen Investitions- und Entschuldungspakt für notleidende Kommunen in Bayern initiieren, der auch und gerade den Gemeinden im ländlichen Raum hilft. Andere Bundesländer haben längst Entschuldungsfonds aufgelegt, die durch Teilentschuldung und damit verbundene sinkende Zinslasten die Gemeindehaushalte entlasteten und einen dauerhaften Beitrag zur Stabilisierung der Kommunalfinanzen und zur Investitionsfähigkeit betroffener Gemeinden und Landkreise leisten.

Um die Investitionskraft von Kommunen in strukturschwachen ländlichen Räumen nachhaltig zu verbessern, werden wir neben der Verbesserung der Schlüsselzuweisungen durch eine Anhebung der Verbundquote von 12,75 auf 15 Prozent die Investitionspauschale, die Fremdenverkehrsförderung und die Mittel für den ÖPNV zielgerichtet aufstocken. Damit auch klamme Kommunen in ländlichen Räumen von den staatlichen Förderprogrammen profitieren, müssen die finanziellen Eigenanteile abgesenkt werden. Vorbild ist hier das von der SPD 2009 initiierte Konjunkturprogramm.

Qualitativ hochwertige Kinderbetreuung erhalten

Junge Familien entscheiden ihre Wohnortwahl nach dem Vorhandensein von Arbeitsplätzen, Schulen, Kultur, Ärzten und Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Eine gute Kinderbetreuung kann darüber entschieden, ob eine Gemeinde ihre jungen Bürger halten kann oder nicht.

Sinkende Kinderzahlen führen allerdings dazu, dass Kindergärten und Kinderkrippen durch die Budgetzuweisung nach Kinderzahl und nicht mehr wie früher nach Gruppengröße im ländlichen Raum oft von Schließung bedroht sind oder auf die Kommunen immer höhere Unterhaltskosten zukommen. Die Staatsregierung leistet mit dem neuen Bayerischen Kinderbildungsgesetz (BayKiBiG) nur unzulänglich Abhilfe.

Wir werden die Landkindergartenregelung so verbessern, dass auch kleine, hochqualitative Betreuungseinrichtungen unterhalten werden können und die Kommunen dabei finanziell ausreichend unterstützen. Wir werden den Erhalt wohnortnaher Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen als Selbstverpflichtung des Staates im Landesentwicklungsprogramm belassen und nicht, wie von der Staatsregierung geplant, streichen.

Bildungschancen verbessern

Gute Bildung und wohnortnahe Schulen sind ein wichtiger Standortfaktor für jede Gemeinde. Das dreigliedrige Schulsystem in Bayern hat jedoch zur Auflösung von hunderten Schulstandorten insbesondere in strukturschwachen, dünnbesiedelten Gebieten geführt. Wo keine Schule mehr ist, da entleeren sich früher oder später Ortskerne, Wirtshäuser schließen, Pfarreien werden zusammengelegt. Neue Unternehmen werden sich nur dort ansiedeln, wo es gut ausgebildete Arbeitskräfte gibt und wo Mitarbeiter ein gutes Bildungsangebot für ihre Kinder erwarten können.

Überall in Bayern wird deutlich, dass die Bildungschancen für die jungen Generationen sehr unterschiedlich sind. So kommen zum Beispiel 2011/2012 im oberbayerischen Landkreis München ca. 61 Prozent und im mittelfränkischen Erlangen ca. 60 Prozent der SchülerInnen in den Genuss eines Gymnasiums-Besuchs., im niederbayerischen Rottal-Inn dagegen nur 25 Prozent oder im oberpfälzischen Tirschenreuth ca. 29 Prozent.

Wir werden,

- die Bildungsdisparitäten Schritt für Schritt beseitigen. Das Bildungsangebot gerade im ländlichen Raum wird durch die Möglichkeit von regionalen Gemeinschaftsschulen, in denen alle Schulabschlüsse angeboten werden können, deutlich verbessert. Das pädagogische Konzept der Gemeinschaftsschule ermöglicht bei gleichwertiger Qualitätsverbesserung den Erhalt der meisten heute schon gefährdeten Schulstandorte.
- das Angebot von guten Ganztagschulen bedarfsgerecht ausbauen, um durch mehr Fördermöglichkeiten die Bildungschancen der einzelnen Schüler und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern.
- die kommunalen Gebietskörperschaften mit mehr Zuständigkeiten bei der Erstellung einer verbindlichen und passgenauen Bildungs- und Schulplanung ausstatten. Dazu wird in jeder Region ein Bildungsplan erstellt, der laufend fortgeschrieben wird.

Dezentrale Entscheidungsstrukturen werden regionale und örtliche Besonderheiten stärker berücksichtigen und die Schulentwicklung in Bayern besser voranbringen.

Motto: Mehr Freiheit für die Schulen, indem Kompetenzen und Eigenverantwortung zurück an die Bildungsinstitutionen und in die Regionen verlegt werden.

- das Netz der Hochschulen für angewandte Wissenschaften im ländlichen Raum als Kristallisationspunkte für Nachwuchsgewinnung von qualifizierten Arbeitskräften und für regionale Innovationsimpulse stärken. Die Anzahl der Studienplätze werden wir bedarfsgerecht ausbauen und den Technologietransfer von Hochschulen und kleinen und mittelständischen Betrieben fördern.

Soziale Infrastruktur und Gesundheitsversorgung für den ländlichen Raum

Die vom damaligen Vorsitzenden des DGB-Bayern Fritz Schösser angeregte Kommission zur Umsetzung des Zweiten Bayerischen Sozialberichts hat in ihrem Bericht an den bayerischen Ministerpräsidenten einvernehmlich die Stärkung der sozialen Infrastruktur als wesentliche Strategie einer integrierten Strukturpolitik für den ländlichen Raum empfohlen.

Anders als die Staatsregierung werden wir diese Empfehlungen aufgreifen!

Dies bedeutet angesichts der Bevölkerungsentwicklung und der Wanderungstendenzen in besonderer Weise, dass das Thema Sicherstellung der Pflege im ländlichen Raum stärkerer Anstrengungen bedarf. Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der ländliche Raum durch eine Verbesserung der sozialen Infrastruktur in den Bereichen Kinderbetreuung, Gesundheitsversorgung und Pflege seine Zukunftsfähigkeit behält. Damit schaffen wir zugleich zukunftssichere Arbeitsplätze und wirken so dem Abbau von Beschäftigungsmöglichkeiten entgegen.

Immer mehr Arztpraxen in den ländlichen Regionen sind in den nächsten Jahren von Schließung bedroht. Nach Berechnungen der Bayerischen Landesärztekammer waren die bayerischen Vertragsärzte 2010 im Durchschnitt 51,1 Jahre alt, Allgemeinmediziner 53,3 Jahre.

Damit müssten laut BLK bis 2020 51.774 Ärzte, davon 23.768 Hausärzte in Bayern ersetzt werden (Quelle: Dr. Max Kaplan, BLK, 16.5.12). Auch den Krankenhäusern in den peripheren Gebieten fällt es immer schwerer ausreichend Ärzte zu finden um den Betreuungsstandard aufrecht zu erhalten.

Gesundheitsminister Marcel Huber hat nach langem Zögern der Staatsregierung die Brisanz der Thematik endlich erkannt und ein erstes Programm auf den Weg gebracht. Trotz finanzieller Unterausstattung und zaghaften Timpelschritten statt kraftvollem Voranschreiten ist dieses Programm ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Wir legen Wert auf eine solidarische Gesundheitsversorgung, die keine Einkommens- und Versichertengruppen benachteiligt. Wir sehen ein gut entwickeltes und leistungsfähiges System der Gesundheitsversorgung als wichtigen Teil der öffentlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge.